

Ausland

Österreich

Sadismus im Heim

Die Diskussion um mangelnde staatliche Kontrolle im Pflegesektor spitzt sich zu, nachdem die Wiener Stadtzeitung „Falter“ in dieser Woche erschreckende Details zu Folter, Missbrauch und Sadismus in einem niederösterreichischen Heim veröffentlichte. Im „Haus der Barmherzigkeit“ in Kirchstetten wurden demnach demente Patienten jahrelang vom Pflegepersonal sexuell missbraucht, verprügelt und gequält. Die der

Staatsanwaltschaft in St. Pölten vorliegenden Zeugenaussagen enthüllen Vorgänge von menschenverachtender Grausamkeit: Alte Frauen und Männer sollen von Pflegern mit Faustschlägen traktiert oder zur Strafe mit dampfend heißem oder eiskaltem Wasser abgeduscht worden sein. Pfleger hätten die Bewohner nackt ausgezogen, um sich neben ihnen zu fotografieren, oder sie gezwungen, ihre Exkremate zu essen. Teilweise habe man billigend ihren möglichen Tod in Kauf genommen. Die

Beschuldigten waren bis zuletzt in der Pflege im Einsatz, zum Teil an einer anderen Dienststelle. „Aus Datenschutzgründen“, so die Ermittler, sei es leider nicht möglich gewesen, die zuständigen Regierungsstellen rechtzeitig über Verdachtsmomente zu informieren. Sozialminister Alois Stöger von der SPÖ erklärte, die Vorwürfe müssten alle Verantwortlichen zutiefst beschämen, und schlug nun die Schaffung einer „Bundesagentur für Qualitätssicherung in Gesundheit und Pflege“ vor. wma

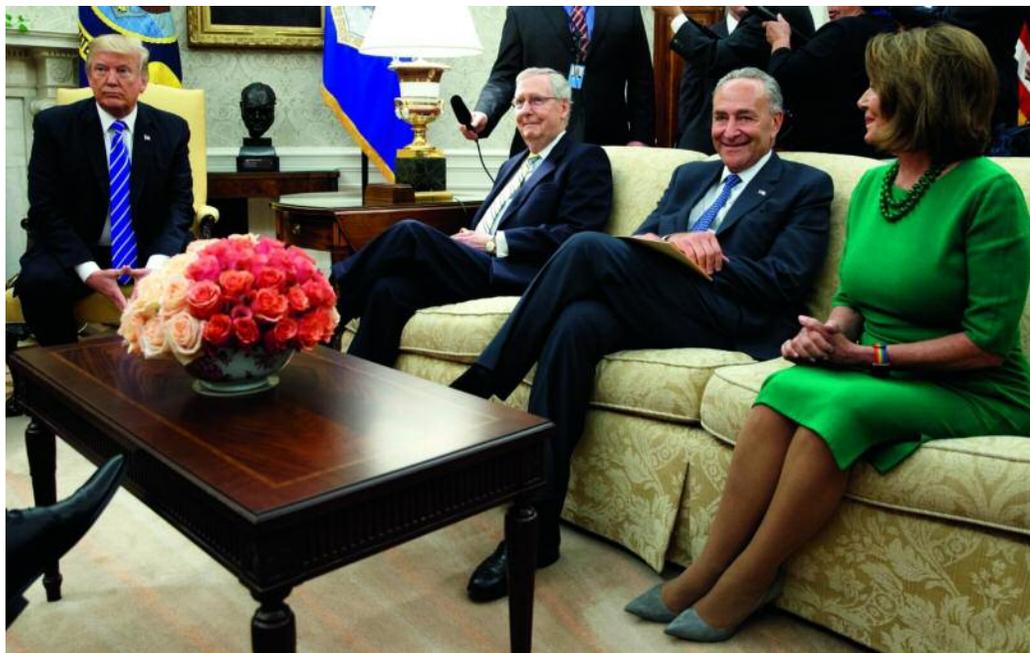
USA

Hilferuf an die Gegner

Zwei Anläufe hat Donald Trump unternommen, um das Gesundheitssystem abzuschaffen, zweimal ist er damit gescheitert, zuletzt am Dienstag. Erneut verwehrten ihm die Republikaner im Senat die Unterstützung. Jetzt hofft Trump wieder einmal auf die Demokraten: Er wolle mit der Gegenseite darüber verhandeln, ob sich die Probleme von „Obamacare“ nicht gemeinsam lösen ließen. Schon vor drei Wochen hatte

Trump mit den Demokraten paktiert, um die Ausgaben im Staatshaushalt vorübergehend zu erhöhen. Der Hilferuf an die Opposition zeigt, wie groß die Verzweiflung des Präsidenten über die eigene Partei ist, die ihm aus seiner Sicht einen politischen Erfolg vorenthält. Die Debatte um das Gesundheitssystem setzt auch Maßstäbe für die zu erwartende politische Auseinandersetzung um die Steuerreform, die Trump am Mittwoch vorstellte. Denn auch hier ist nicht sicher, dass der Präsident eine republikanische Mehrheit für seine Steu-

erpläne bekommt, die vor allem Firmen und Reiche entlasten sollen. Überschattet werden all diese Diskussionen durch eine peinliche Dienstreisen-Affäre: Gesundheitsminister Tom Price nutzte auf Kosten der Steuerzahler mehrfach Privatjets, um zu Terminen zu kommen. Auch wenn dies nicht illegal ist, liegt der Vorwurf der Verschwendung über Trumps Kabinett von Multimillionären. Der Präsident muss nun entscheiden, ob er seinen Gesundheitsminister austauscht – mitten im Streit um das Gesundheitssystem. cx



Trump mit Anführern von Republikanern und Demokraten im Weißen Haus

Fußnote

800 000

ausländische Fahrer könnten ihren Job verlieren, wenn Frauen in Saudi-Arabien ab Juni kommenden Jahres selbst Auto fahren dürfen. Wegen des weltweit einzigartigen Fahrverbots für Frauen, dessen Aufhebung König Salman nun verkündet hat, beschäftigen rund 87 Prozent aller saudi-arabischen Familien einen Privatchauffeur. Die Fahrer kommen vor allem aus Südasien.



First Wurst

Eine Salami namens „First Lady“? Das ist nur eine der Ideen, mit denen die Einwohner von Sevnica die Tatsache zu Geld machen, dass eine der Ihren mit Donald Trump verheiratet ist. Melania Trump, ehemals Melanija Knavs, wuchs in dem 6000-Seelen-Ort in Slowenien auf; die Stationen ihrer Kindheit kann man nun bei einer Bus-tour besichtigen. Wer keine Wurst mag, für den gibt es „Torte Melanija“, „First Lady“-Schokolade oder auch „White House“-Pantoffeln.

MATIC ZORMAN / THE WASHINGTON POST

Analyse

Kurdisches Dilemma

Wie der Ruf nach einem eigenen Staat Verbündete zu Gegnern macht

Sie sind das größte Volk der Welt ohne eigenen Staat: Zwischen 25 und 30 Millionen Kurden leben verstreut in der Türkei, im Irak, in Iran und in Syrien. Seit mehr als hundert Jahren träumen sie von Unabhängigkeit. Nun sind sie ihrem Ziel ein wichtiges Stück näher gekommen: 92 Prozent der Menschen im mehrheitlich kurdischen Nordirak stimmten in einem Referendum am Montag für einen eigenen Staat. Es ist ein eindeutiges Mandat für den Präsidenten der kurdischen Autonomiegebiete, Masoud Barzani, die Trennung von der Zentralregierung in Bagdad voranzutreiben.

Doch die Reaktion der Nachbarn ist nicht minder eindeutig: Iraks Regierungschef Haider al-Abadi spricht von einem „historischen Fehler“ und kündigt ein Luftembargo an. Die Türkei droht, ihre Armee könnte „eines Nachts“ angreifen, Iran riegelt seine Grenze zum Nordirak ab.

Auch Europäer und Amerikaner haben das Referendum verurteilt. Die irakische Armee ist gemeinsam mit den kurdi-

schen Peschmerga gerade dabei, die Terrormiliz „Islamischer Staat“ aus dem Irak zu vertreiben. Dass die beiden Verbündeten gegeneinander Krieg führen, wäre das Letzte, was die Region gebrauchen könnte.

Kurdenführer Barzani hat nun zwei Möglichkeiten. Er kann sich mit Regierungschef Abadi auf einen Deal verständigen, nach dem die Kurden vorerst davon absehen, sich vom Irak abzuspalten, und im Gegenzug zum Beispiel einen größeren Anteil der Einnahmen aus dem Ölgeschäft erhalten. Barzani würde so den Konflikt entschärfen, liefe jedoch Gefahr, seine Anhänger gegen sich aufzubringen, die durch die Aussicht auf einen eigenen Staat euphorisiert sind. Oder aber er treibt die Unabhängigkeitsbestrebungen weiter voran. In diesem Fall hätte er nicht nur Bagdad gegen sich, sondern auch die Türkei und Iran, die Begehren der Kurden in ihren eigenen Ländern fürchten. Der Konflikt könnte sich dann zu einem Flächenbrand ausweiten.

Maximilian Popp